



Soziale Initiative Pößneck
www.soziale-initiative-poessneck.de
Rosa Luxemburg Str. 13
07381 Pößneck
0173 888 41 53

Haushaltsdebatte 2011

Dank an Verwaltung → Zeit und Gespräch

Der Haushalt 2011 ist Armutszeugnis für die liberale Mehrheit in diesem Stadtrat. Er beruht auf fiktiven Erwartungen, vorauseilendem Gehorsam und ist Ausdruck hilflosen Aktionismus. Der Haushalt widerspricht elementare Haushaltsgrundsätzen
Jeder Stadtrat sollte sich gut überlegen ob er wegen seiner Verpflichtung zur Verfassungs- und Gesetzestreue den Haushalt in dieser Form zustimmen kann.

Nach den Haushaltsgrundsätzen §53 ThürKO

Ist die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu planen und zu führen.

Die Stadt darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig ist.

Somit bin ich beim eingemachten des Haushaltes der Finanzwirtschaft

- Positiv hervorheben kann ich, dass in der allgemeinen Finanzwirtschaft durch Umschuldung im nächsten Jahr 19.300 Euronen eingespart werden
- Negativ und Haushalterisch unzulässig ist Vorhaltung von einem Kredit und dessen Kosten von 20.900 Euronen

Konkret heißt es im § 7 ThürGemHV

Die Einnahmen und Ausgaben sind nur in Höhe der im Haushaltsjahr zu erwartenden oder voraussichtlich zu leistenden Beträge zu veranschlagen, sie sind sorgfältig zu schätzen, soweit sie nicht errechenbar sind.

Nach diesem Grundsatz verbietet sich eine Kreditvorhaltung für die Jahre 2012 und 2013 mit zusätzlichen Kosten von knapp 21 T€

Auch die Entwicklung der rücklagen ist mehr als Bedenklich im Haushalt 2011 ist die freie Finanzspitze von 188 T ausgewiesen für 2010 /12/13 gibt es keine. Das heißt die Stadt Pößneck ist so arm, dass ihr Handlungsspielraum auf ein Minimum an Pflichtaufgaben beschränken wird. Erste Anzeichen für diese Tendenz sind die Aussagen im Technischen Ausschuss weder Finanzen noch Kapazitäten für die Schneeberäumung von öffentlichen Parkplätzen zu haben.

Ein weiteres Beispiel für ungesetzliches und spekulatives Planen sind die

Straßenausbaubeiträge in Höhe von 250 TEuro für 2011. Die ist ein unerlaubter Vorgriff auf die noch offene Gesetzesentscheidung im Land Thüringen und Entscheidungsfindung des Stadtrates über Höhe und Art und Weise einer eventuellen Straßenausbaubeitragssatzung. Ein Satzungsentwurf in der Schublade legitimiert noch keine Verwaltungshandeln.

Allein diese Zahl im Haushalt belegt Bürgerferne, Abzocke und undemokratisches Handeln. Denn mit diese 250 TEuro im Haushalt 2011 muss für jedem Stadtrat klar sein, dass er keine andere Entscheidung mehr treffen kann als Straßenausbaubeiträge zu fordern und zu ziehen = Kassenwirksam zu machen.

Unter demokratischen Handeln verstehe ich eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger in den Entscheidungsprozess auf tatsächlicher gesetzlicher Grundlage, dies wird mit dieser Planung unmöglich. Alles folgende wird zur Alibiveranstaltung.

Vorauselender Gehorsam ohne auch nur einem Fünkchen Widerstand liegt in der Anhebung der Hebesätze auf Grund eines Schreibens der Landesverwaltung. Na klar muss das Land Thüringen die Kommunen auf ihren Einnahmebeschaffungsgrundsatz hinweisen. Dies kann aber nicht mit Zwang auf vorgegebene Zahlen stattfinden und auch nicht nach einen Banchmarketing welches nicht auf vergleichen Aufgaben, sondern auf reinen Durchschnittszahlen beruht. Diese Berechnung des Land Thüringens vergleicht Äpfel mit Birnen. Pößneck als Kommune mit Mittelzentraler Funktion muss ganz andere Aufgaben vorhalten und finanzieren als Krölpa. Und Krölpa profitiert in hohem Maße von Maxit. Aber der Standort von Maxit ist doch keine besondere Leistung von Krölpa, sondern ist doch eher zufällig aus geologischen Ursachen entstanden.

Nichts desto Trotz fordert das Land Thüringen alle Kommunen auf die Hebesätze aus den fürs Land passenden Satz anzuheben. Mit der Androhung wenn ihr das nicht macht streichen wir euch die Schlüsselzuweisungen.

Dies ist Verfassungswidrig noch dazu wo das Kostendeckungsprinzip nicht gewährleistet werden kann. Wo bleibt ihr Protest bei der Beschränkung von kommunaler Selbstverwaltung und die Forderung die wirtschaftsbezogenen Steuerquelle der Stadt Pößneck nach ihren eigenen wirtschaftsentwickelnden Grundsätzen festzusetzen, nicht nach pauschaler Vorgabe. Haben Sie bei der Erhöhung auch einmal an die vielen kleinen Familienbetriebe in Pößneck gedacht, an die kleinen Hausbesitzer uuu. Das waren ihre Wähler! Wie sollen die, ihre zusätzlich geplanten Einnahmen erwirtschaften zur Erinnerung 250 TE Straßenausbaubeiträge und 888 TE mehr an Steuern.

Ich war am Dienstag zur öffentlichen Anhörung zum Kommunalen Finanzausgleichsgesetz im Finanzausschuss des Thüringer Landtages und habe sehr wohl vernommen, dass der Thüringer Gemeinde- und Städtebund dem vorliegenden und schon beschlossenen Zahlenwerk nicht zustimmt und dass 90 Mio in der Schlüsselmasse auf Grund des KITA Gesetzes fehlen und diese vom Land auszugleichen sind. Dass mindesten 60 Mio davon in Kreishaushalten zur Finanzdeckung von SGB II und SGB XII verwendet werden und somit das gute und notwendige Vorschulbildungsgesetz nicht durchfinanziert ist und es am Ende für die Kommunen nur eine Frage der Zeit ist, wann die Beiträge für KITAs erhöht werden müssen. Hier spielt das Land ganz bewusst mit dem öffentlichen Frieden in den Städten und Gemeinden von Thüringen.

Für Pößneck bedeutet der K FAG nach dem vorliegenden Haushalt und den Berechnungen der Kämmererei 140T€ und bei dieser Summe hätte mich sehr gefreut den Bgm Modde mit zur Anhörung unter den über 100 Bürgermeistern begrüßen zu können. Dies wäre ein Signal gewesen, nicht alle Löcher in der Finanzdeckung an die Kommunen durchzureichen und endlich die Grundgesetzliche Garantie der Kommunalen Selbstverwaltung Art 28 GG auch bei der Finanzausstattung erlebbar zu machen.

Der vorgelegt Haushalt 2011 ist eines Bürgermeisters der FDP Freien Wähler und einer ebenso mehrheitlich liberalen Stadtrates /der Steuersenkungspartei Deutschland unwürdig.

Die FDP wird immer auch mit der Erwartung gewählt, dass sie die Ausgaben des kleinen Mannes im Blick hat. Dies kann ich an diesem Zahlenwerk nicht erkennen und lehne den Haushalt auch und gerade wegen rechtlicher Bedenken ab.